

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Ausschussdienst und Stenographischer Dienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Umweltausschuss**

6. Sitzung

am Mittwoch, dem 4. Oktober 2000,  
Altes Kreishaus, Ratzeburg

**Anwesende Abgeordnete**

Frauke Tengler (CDU)

Vorsitzende

Helmut Jacobs (SPD)

Gudrun Kockmann-Schadendorf (SPD)

Wilhelm-Karl Malerius (SPD)

Konrad Nabel (SPD)

Sandra Redmann (SPD)

Jutta Scheicht (CDU)

Herlich Marie Todsens-Reese (CDU)

Dr. Christel Happach-Kasan (F.D.P.)

**Fehlende Abgeordnete**

Ursula Sassen (CDU)

Irene Fröhlich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

**Einzigster Punkt der Tagesordnung:**

**Seite**

**Besichtigung des Gebiets des Zweckverbandes „Schaalsee-Landschaft“**

Die Vorsitzende, Abg. Tengler, eröffnet die Sitzung um 11:00 Uhr im Alten Kreishaus in Ratzeburg und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

### **Besichtigung des Gebiets des Zweckverbandes „Schaalsee-Landschaft“**

Nach der Begrüßung des Ausschusses durch den stellv. Vorsitzenden des Zweckverbandes „Schaalsee-Landschaft“, Landrat Dr. Drefahl, stellt Geschäftsführer Benz das Naturschutzgroßprojekt „Schaalsee-Landschaft“ vor, das ein Verbandsgebiet von etwa 32.000 ha umfasse, von denen rund 13.200 ha das Kerngebiet bilden sollten, in dem der Naturschutz Vorrang genieße. In seiner Darstellung geht Geschäftsführer Benz auch auf die Entstehungsgeschichte des Zweckverbandes vor rund zehn Jahren und die grenzübergreifende Zusammenarbeit zwischen Schleswig-Holstein und den angrenzenden Kreisen Nordwest-Mecklenburg und Ludwigslust ein.

In der anschließenden Aussprache merkt Abg. Dr. Happach-Kasan an, dass das Naturschutzprojekt „Schaalsee-Landschaft“ aus der Region selbst entwickelt worden sei, initiiert durch den WWF und Abgeordnete des Kreistags Herzogtum Lauenburg, die dieses Projekt beharrlich verfolgt hätten. Das Projekt beweise, dass mit der nötigen Beharrlichkeit auch Naturschutzprojekte im großen Stil in Einklang mit der Bevölkerung realisierbar seien.

Im weiteren Verlauf der Aussprache weist Geschäftsführer Benz darauf hin, dass im Gebiet der „Schaalsee-Landschaft“ eine der ersten Ländlichen Struktur- und Entwicklungsanalysen für die neun auf schleswig-holsteinischem Gebiet liegenden Gemeinden der „Schaalsee-Landschaft“ durchgeführt worden sei. Die LSE habe wesentlich zur Entkrampfung des Verhältnisses zwischen Naturschutz und Bevölkerung beigetragen.

Im Anschluss daran besichtigen die Ausschussmitglieder das Ergebnis verschiedener Naturschutzmaßnahmen im Bereich des Salemer Moors und Projekte der ländlichen Strukturentwicklung und setzen die Aussprache im „Bauernhof-Café“ in der Kutscherscheune in Groß Zecher fort.

Die Inhaberin des Betriebes, Frau von Witzendorff, schildert im Einzelnen die Situation ihres Familienbetriebes, und geht insbesondere auf die neue Nutzung der Kutscherscheune mit dem „Bauernhof-Café“ ein, die im Rahmen der Ländlichen Struktur- und Entwicklungsanalyse als Leitprojekt gefördert werde und den Gesichtspunkten eines naturverträglichen Tourismus Rechnung trage. Sie hoffe, dass eines Tages auch die Lage am See besser genutzt werden könne. Nicht geklärt seien bisher die Entschädigungsfragen aufgrund der Nutzungsbeschränkungen durch die Naturschutzverordnung von 1994; lediglich die Zahlung der Forstentschädigung für Waldländereien im Umfang von 59 ha, die unter Nullnutzung gestellt worden seien, sei abgewickelt.

In der weiteren Diskussion teilt sie auf Nachfrage der Abg. Todsens-Reese mit, dass der Familienbetrieb über 600 ha Seefläche verfüge, von denen Teile unter Naturschutz gestellt worden seien. In den eingerichteten Sperrzonen wie auch an bestimmten Uferrandstreifen dürfe weder gefischt noch geangelt werden. Ebenso sei - mit Ausnahme für eigene Zwecke - der Reetschnitt verboten und die Wasserjagd untersagt. Darüber hinaus seien 15 ha Ackerfläche und 15 ha Grünland unter Naturschutz gestellt worden. Für diese Einschränkungen habe sie bisher keine Entschädigung erhalten; das Verfahren laufe noch. Offen sei dabei auch, wie die Wasserflächen bewertet werden sollten. So stehe das LANU auf dem Standpunkt, die Wasserjagd stelle überhaupt keinen Wert dar. Allerdings hätten die Vertreter des Ministeriums ihr gegenüber bereits zugesichert, diese grundsätzliche Frage klären zu lassen.

An Tauschflächen sei sie nicht interessiert, weil alle Betriebe in Groß Zecher bereits arrondiert seien und Tauschflächen deshalb inakzeptabel weit entfernt lägen. Eine Möglichkeit der Einigung sehe sie im Übrigen in einer freiwilligen Vereinbarung im Rahmen des Vertragsnaturschutzes.

Herr Neumann ergänzt, dass die hoheitliche Naturschutzverordnung vor der Gründung des Zweckverbands ergangen sei. Das Bundesamt für Naturschutz dürfe aber aus haushaltsrechtlichen Gründen keine Mittel in ausgewiesenen Naturschutzgebieten bereitstellen. Die Grünlandflächen, von denen die Rede sei, fielen jedoch nicht unter die Naturschutzverordnung. Sie sollten verwendet werden, um einen besseren Naturschutz zu erreichen. Bei ihnen könne auch mit Bundesmitteln operiert werden. Die Situation sei deshalb sehr komplex.

Frau von Witzendorff ergänzt, dass die Verordnung 1994 in Kraft getreten sei. Sie habe gleich darauf Klage eingereicht. Das Verfahren habe sich bis zur Abweisung der Klage 1997 in Karlsruhe hingezogen. Seither laufe das Entschädigungsverfahren. Die Probleme begannen schon damit, dass man ein Dreivierteljahr gebraucht habe, sich auf einen Gutachter zu einigen.

Abg. Nabel verweist darauf, dass seiner Fraktion die Probleme bereits bekannt seien und sie auch schon Gespräche mit dem Ministerium darüber geführt habe. Seine Fraktion habe ein Interesse daran und werde darauf hinwirken, dass in dem Entschädigungsverfahren nach allen Auseinandersetzungen eine für beide Seiten akzeptable Einigung erzielt werde. Die lange Verfahrensdauer sei sicherlich auch wesentlich durch die gerichtliche Auseinandersetzung bedingt.

Die Vorsitzende, Abg. Tengler, hält fest, dass Behörden und Ministerien aus der Konfrontation zwischen Naturschützern und Naturnutzern die Erkenntnis gewonnen hätten, dass solche Maßnahmen nur zusammen mit den Menschen vor Ort ergriffen werden könnten.

Abg. Todsens-Reese begrüßt die Erklärung des Abg. Nabel und behält sich vor, gegebenenfalls im Umweltausschuss noch einmal generell die weitere Entwicklung des Verfahrens mit dem Ministerium zu erörtern. Offenbar sei im Hinblick auf die Akzeptanz von Naturschutzmaßnahmen mehr Professionalität bei der Abwicklung solcher Verfahren und den notwendigen Bewertungen erforderlich. Wenn zum Beispiel Streit darüber herrsche - wie Frau von Witzendorff angedeutet habe -, ob die Verpachtung von Jagdrevieren einen Wert darstelle, müsse dies zu denken geben. Frau von Witzendorff und Herr Neumann unterstreichen, dass es nicht sehr logisch erscheine, wenn für eine Wasserfläche, auf der nicht gejagt werden dürfe, gleichwohl Jagdsteuer zu zahlen sei.

Im weiteren Verlauf der Aussprache erörtert der Ausschuss Fragen im Zusammenhang mit der Ländlichen Struktur- und Entwicklungsanalyse, die sich nach den Worten von Herrn Reese in der alten Dorfschmiede, der Kutscherscheune und dem Bauernhof-Café niederschläge. Zunächst habe eine sehr kritische, konfliktbeladene und durch Emotionen aufgeheizte Atmosphäre geherrscht, die zudem noch durch die Vorstellung von einem Biosphärenreservat belastet gewesen sei, das in Mecklenburg-Vorpommern ein ganz anderes positives Image habe.

Zunächst habe man ein Projekt entwickelt und in die vorgezogene Finanzierung aufgenommen. Landwirtschaftlich nicht mehr genutzte Bausubstanz sei umgewidmet worden. Anschließend sei eine Phase der „Erweckung“ der Region eingetreten, die über wertvolle Natur verfüge, die erlebbar und in gewissem Sinne nutzbar sei. Die Region zeige, dass es gelingen könne, mit dieser Nutzung Wirtschaftskraft und Arbeitsplätze zu verbinden und die Dorfentwicklung voranzubringen. Von Groß Zecher scheine auch eine Signalwirkung ausgegangen zu sein.

Amtsvorsteher Fischer legt dar, dass mit Hilfe des Ministeriums für ländliche Räume, des Amtes für ländliche Räume und des Kreises im Jahre 1996 begonnen worden sei, über Entwicklungsmöglichkeiten nachzudenken. Dabei hätten sich die ehrenamtlichen Kommunalpolitiker auch Ingenieurbüros und externer Hilfe bedienen müssen, um eine Ländliche Struktur- und

Entwicklungsanalyse für die neuen Gemeinden durchzuführen. Die Region sei sehr strukturarm, die Landwirte seien immer mehr unter Druck geraten und hätten Zweifel gehabt, dass man sich überhaupt noch für die Menschen vor Ort einsetze. Im Grunde sei erst im Rahmen der LSE die Auseinandersetzung zwischen Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Naturschutz aufgearbeitet worden. Der große Konflikt sei eingetreten, als der frühere Umweltminister Heydemann einen Biosphärenreservat habe einrichten wollen, das sich im Raum Mecklenburg zwar bewährt habe, auf schleswig-holsteinischem Gebiet aber kaum realisierbar sei. Insgesamt sei er der Regierung - dem Ministerium - und auch dem Kreis für ihren Einsatz dankbar, da man zum ersten Mal habe feststellen können, dass „die da oben doch noch für die Menschen vor Ort da seien“.

Die Vorsitzende, Abg. Tengler, greift den Gedanken auf, auf dem Schaalsee die Ausflugschiffahrt, die auf Mecklenburger Gebiet nach wie vor möglich sei, in begrenztem Umfang wieder zuzulassen.

Der Bürgermeister von Seedorf, Herr Rodust, bekräftigt, dass dies eines der Leitprojekte der Gemeinde sei. Die Bevölkerung bedauere, dass sie nicht - wie bis zum Jahre 1930 - die Möglichkeit habe, mit dem Schiff beispielsweise von Seedorf oder Groß Zecher nach Zarrentin zu fahren. Ein Betreiber in Zarrentin sei beispielsweise bereit, solargetriebene Schiffe auf dem See einzusetzen; dieser Einsatz lohne sich jedoch nur, wenn er damit auch den schleswig-holsteinischen Teil des Sees befahren könnte.

Herr Reese entgegnet, dass die Schaalsee-Schiffahrt an viele Grenzen stoße und ungelöste Fragen aufwerfe: die Aspekte des Naturschutzes und die Berechtigung, Fragen des Seeigentums und der Wirtschaftlichkeit sowie der Sinnhaftigkeit eines solchen Vorhabens. Es sei notwendig, die Diskussion dieses Themas zu versachlichen und die Realitäten im Auge zu behalten, inwiefern ein solches Projekt dem Tourismus diene, was machbar und was nachhaltig sei. Grundsätzlich müsse im Rahmen der LSE das Eigentum beachtet werden. Zudem müsse die Bereitschaft vorhanden sein und geklärt sein, welcher Investor einen solchen Schiffsbetrieb ertragreich betreiben könne, bevor eine Förderung ins Auge gefasst werden könne. Generell werde bei sachlich komplexen Situationen eine Machbarkeitsstudie angefertigt. Eine solche Studie sei in diesem Falle in seinen Augen noch sehr ergebnisoffen. Wenn die Frage dann entschieden sei, müssten alle Beteiligten an einen Tisch geholt werden. Dieser Aufgabe sollte man sich in den nächsten Monaten annehmen.

Herr Fischer stellt darauf ab, dass in der Region ein naturverträglicher Tourismus mit einer Vernetzung von vielfältigen Angeboten verfolgt werde. Damit solle erreicht werden, dass bisher nicht zugängliche Landschaftsteile, die in Privateigentum stünden, für einen gelenkten Tou-

rismus geöffnet würden. Dies solle gemeinsam mit dem Zweckverband und den Naturschutzverbänden geschehen. Auf der anderen Seite sollten die Menschen nicht wie bisher ausgeschlossen werden, um auch der Tendenz entgegenzuwirken, dass immer mehr Einwohner die Region verließen.

Abg. Dr. Happach-Kasan sieht in der Entscheidung über die Zulassung der Schaalsee-Schifffahrt nicht so sehr eine Verwaltungsaufgabe. Vielmehr müsse zunächst Klarheit darüber herbeigeführt werden, inwieweit und in welchem Umfang - örtlich wie zeitlich - die Schaalsee-Schifffahrt mit dem Naturschutz vereinbar sei. Dies zu ergründen sei nicht in erster Linie eine Aufgabe der Verwaltung. Im Anschluss daran müsse der Unternehmer tätig werden. Bei der Klärung der Frage, inwieweit die Eigentümer mitspielten, sollten sich dann die Behörden unterstützend einschalten. Es gebe durchaus Beispiele für naturverträgliche Schifffahrt, aber auch Beispiele für Raubbau an der Natur.

Abg. Todsens-Reese macht darauf aufmerksam, dass unabhängig von einer Bewertung dieses Vorhabens eine Naturschutzgebietsverordnung ergangen sei; dafür wiederum sei die Verwaltung zuständig, die ihrerseits entscheiden müsse, ob sie bereit sei, die Verordnung zu ändern oder nicht. Bedacht werden müsse auch, dass es sich hier um ein FFH-Gebiet handle.

Herr Neumann betont, dass jede Störung auf einer Wasserfläche für Wasservögel, die sich dort nicht verstecken könnten, eine gravierende Beeinträchtigung bedeute. Das Störpotential der Bootstypen sei aber sehr unterschiedlich. Ruderboote und Fischerboote hätten ein geringes Störpotential, aber auch schon ein aufsteigender Ballon löse einen großen Fluchtreflex bei den Tieren aus. Auch wenn man auf dem Standpunkt stehe, dass die Natur bestimmte Störungen hinnehmen müsse, sollten doch die Beeinträchtigungen so gering wie möglich gehalten werden. Viele Leute kämen im Wesentlichen deshalb an den Schaalsee, weil sie ihn als eine Wasserfläche ansähen, auf der es keine Boote gebe und auf der man von Türmen aus die Wasservögel sehr gut beobachten könne.

Abgesehen von den Naturschutzaspekten werfe dieses Vorhaben ein Bündel von Fragen auf. Die Boote müssten 60 Plätze haben, und es müsse auch mit Nachtfahrten gerechnet werden. Dagegen hätten sich die Vertreter des Naturschutzes von jeher ausgesprochen. Zumindest müsse ein gelenkter Naturtourismus sichergestellt sein. Nach seiner Auffassung müssten diese Fragen aber in einer Arbeitsgruppe vertieft und konkreter geklärt werden.



Die Vorsitzende, Abg. Tengler, schließt die Sitzung um 16:45 Uhr.

gez. Frauke Tengler

Vorsitzende

gez. Rudolf Burdinski

Geschäfts- und Protokollführer